Ä250 Schützen, was uns am Leben hält: Umwelt- und Naturschutz

Antragsteller*in: Jörg Gleisenstein (Frankfurt-Oder KV)

Änderungsantrag zu 1.3.

In Zeile 32:
Die Folgen des Braunkohlenbergbaus in der Lausitz schlagen sich seit ca. zehn Jahren in der Belastung der Spree und vieler ihrer Zuflüsse mit Eisenhydroxid und Sulfat nieder. Das lebensfeindliche Eisenhydroxid verschlammt Ufer und Gewässersohle und vernichtet wichtige Lebensräume. Dieses stammt aus den ehemaligen und aktiven Tagebaugebieten in Sachsen und Brandenburg und bedroht mit dem Spreewald ein UNESCO-Biosphärenreservat mit FFH-Status (Fauna-Flora-Habitat EU-Richtlinie) und eine wichtige Tourismusregion. Der steigende Sulfatgehalt des Spreewassers bedroht mittlerweile sogar die ~~Trinkwasserversorgung~~Versorgung mit sauberem Trinkwasser von Berlin~~ und den Städten~~, der Stadt Frankfurt (Oder) und ~~Lübbenau~~ihrem Umland sowieLübbenau. Bisher sind keine Vorkehrungen getroffen worden, um eine zusätzliche Belastung der Spree auszuschließen – eine sträfliche Vernachlässigung unserer natürlichen Ressourcen.

Begründung

sprachliche Klarstellung. Inhaltlich müsste eigentlich klar gestellt werden, dass unser Ziel ein langfristig guter Gewässerzustand unser Ziel ist. Aus Frankfurter Sicht sind kurzfristige Maßnahmen notwendig, um vom Spreewasser für die Trinkwasserversorgung auf Grundwasser aus anderen Quellen umzustellen. Die Kosten dafür müssten eigentlich von den Verursachern, dem früheren und aktiven Kohlebergbau, getragen werden. Dies wird aber seit Jahren verhindert und der Versorger wird in eine Situation getrieben, dass die WasserkundInnen in Frankfurt (Oder) und Umgebung über höhere Wasserpreise den Bau eines neuen Wasserwerks, das unabhängig von Spreewasser funktioniert, bezahlen müssen.

Die Formulierung " Um die Spree vor einer steigenden Sulfat- und Eisenockerbelastung zu schützen, legen wir einen Masterplan mit konkreten Zielen, Maßnahmen, Zeitplänen und Verantwortlichkeiten vor. " finde ich bedenklich. Sie suggeriert, dass wir als Partei da einen entsprechenden Plan hätten. Das ist Aufgabe der Landesregierung, der wir dann hoffentlich nach der Wahl angehören werden.